

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Horst Niggemeier MdB zum
Zustand der Bonner Wende-
Regierung: Koalitions-Schiff
dümpelt steuerungslos dahin.
Seite 1

Klaus Dauberhäuser MdB
zur Belastung durch den
Güter-Verkehr: Transporte
nicht durch die Wohngebiete
lenken.
Seite 3

Susanne Miller zum Jubi-
läum der SPD: Die Partei
ist ihren Prinzipien immer
treu geblieben. (Teil II und
Schluß)
Seite 4

43. Jahrgang / 97

24. Mai 1988

Das Koalitions-Schiff dümpelt steuerungslos dahin

Anmerkungen zum Zustand der Bonner Wende-Regierung

Von Horst Niggemeier MdB

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist ein begnadeter Verbalisator, dem es immer wieder gelingt, bei Bedarf mit flott-frivolen Sprüchen eine Sau durchs Dorf zu jagen. Jüngst war es sein 365-Tage-Jubiläum als nordrhein-westfälischer CDU-Landesvorsitzender, das er zum Anlaß nahm, um mit der Kampfansage gegen „die verfettete SPD“ in Nordrhein-Westfalen die Schlagzeilen für sich zu okkupieren.

Verbale Einfallslosigkeit kann dem Mann nicht nachgesagt werden. Möglicherweise aber ist ihm die politische Weitsicht abhanden gekommen, denn eine wohlbeleibte SPD, die - wie in Nordrhein-Westfalen - in Saft und Kraft steht, hält allemal einen Vergleich mit einem zusehends quantitativ und qualitativ abmagernden Bundeskabinett aus.

Was sich da in Bonn in Zusammenhang mit dem nun endgültig nach Brüssel retirierenden Bangemann und weiteren Spekulationen um eine Regierungsumbildung abgespielt hat und noch abspielt, wird fälschlich als politisches Sommertheater bezeichnet. Das wäre ja noch harmlos, weil vorübergehend. Doch das ist es nicht. Es ist schwerwiegender: Die schleichende Auszehrung seines Kabinetts ist es, die den Kanzler veranlaßt haben dürfte, alle Register zu ziehen, um die Debatte um ein neues Kabinett wenigstens in der staunenden und irritierten Öffentlichkeit zu dämpfen.

Wie sieht es aus im Kohl-Kabinett? Nur 15 Monate nach der Vereidigung der 18 Minister bietet die Bilanz kein Zeichen von verlässlicher Stabilität.

Umweltminister Walter Wallmann zog es nach Hessen, Verteidigungsminister Manfred Wörner siedelt sich im NATO-Hauptquartier an und Wirtschaftsminister Martin Bangemann verläßt sein Amt in Richtung EG-Kommission.

Doch das wird nicht das Ende der Bonner Kabinettsaussteiger sein. Nach dem Debakel in Schleswig-Holstein kann die Union wohl kaum noch passiv zuwarten, wie sich die Mehrheiten in den Bundesländern entwickeln.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Konkret-Lösung
mit wertvollem Rohstoff
Recycling-Papier



Vor der Bundestagswahl Ende 1990 wird im Saarland, in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern gewählt.

Schon hat CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den Umweltminister Klaus Töpfer - gerade erst in Bonn - als Spitzenkandidat für das Saarland auf den Schild gehoben.

In Niedersachsen will sich Ernst Albrecht die Mitarbeit der Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth durch ihre Wahl zur stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden am 3./4. Juni sichern und sie möglicherweise als Platzhalterin für seine Nachfolge in Anspruch nehmen.

Und in Nordrhein-Westfalen geht es nach den landespolitischen Reinfällen mit Kurt Biedenkopf und Bernhard Worms auch nur noch mit einem neuen Gesicht in der Union. Den Regeln der Logik folgend wird Bundesarbeitsminister Norbert Blüm als Landesvorsitzender wohl oder übel als Spitzenkandidat der Union antreten müssen, auch wenn er sich heute noch dagegen wehrt, „zu früh ins Rennen geschickt“ zu werden.

Da dem jetzigen Bundesjustizminister Hans A. Engelhard Amtsmüdigkeit nachgesagt (oder aufgedreht) wird, müßte früher oder später ebenfalls mit seinem Abschied aus dem Kabinett gerechnet werden.

Wenn man mögliche Überraschungen gönnerhaft ausschließt, wären das immerhin drei bereits ausgeschiedene Minister und vier, die sich im Wartestand befinden. Das sind mehr als ein Drittel der im Februar 1987 auf das Wohl des Volkes vereidigten Ministerriege von Kanzler Kohl.

Zu allem Überfluß kommt dazu noch der koalitionsinterne Familienzwiß, dem zum Leidwesen des Kanzlers eine breite Öffentlichkeit gewiß ist. Dafür sorgen die Streithähne in der Koalition höchstpersönlich mit viel Geschick und wenig Gespür. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schlagzeilt dann auch folgerichtig über dieses Hick-Hack: „Kohl fürchtet Schaden für das Vertrauensverhältnis in der Koalition.“

Doch in dieser Koalition stimmt so gut wie gar nichts mehr. Wo ist da noch ein Vertrauensverhältnis, das Schaden nehmen könnte! Draußen im Lande fragt man sich mittlerweile, wie denn diese Koalitionsregierung eigentlich noch zusammengehalten wird. Denn: Aus Bayern steht Genscher unter Dauerbeschuß, und Genscher läßt keine Attacke unbeantwortet. Die zweite Garnitur aus der CDU drängt nach vorn und deklamiert öffentlich, daß im Hinblick auf die Zeit nach 1990 das Auswärtige Amt „kein Erbhof“ der FDP sei. Ähnliche Töne hört man aus Bayern auch über das von der FDP gehaltene Wirtschaftsministerium. Da spitzt „der Mann mit den Ohren“ (Wehner über Genscher) seine Lauscher und mag dabei an die sicherheits- und außenpolitischen Gemeinsamkeiten mit der SPD denken.

Derweil denkt die CSU darüber nach, wie sie das Bonner Wirtschaftsministerium in die Hand bekommen kann. Schon jetzt werden Namen gehandelt. CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel mag sich wohl nicht darüber freuen, denn bis Martin Bangemann nach Brüssel gewählt wird, ist es Januar 1989.

Aber auch die FDP hat mit ihrem Generalsekretär Helmut Haussmann den Namen des möglichen Bangemann-Nachfolgers ins Gerede gebracht. Kanzler Kohl wird da noch in seiner eigenen Partei mächtig ins Gedränge kommen:

In Brüssel gibt er einen bisherigen CDU-Platz in der EG-Kommission an die FDP und in Bonn reklamieren die Liberalen Besitzstandswahrung, obwohl sie nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein dort die Länderparlamente nur von draußen betrachten dürfen. Nicht wenige Unions-Politiker fühlen sich unwohl in der Rolle des lebenserhaltenden Blutspenders für die FDP. Doch die weiß, daß Helmut Kohl nur mit ihrer Hilfe Kanzler bleiben kann. So schließt sich dann der Kreis der koalitionspolitischen Zwangsläufigkeiten. Es gibt zwar kaum noch Vorrat an Gemeinsamkeiten, wohl aber sind die Koalitionäre auf gemeinsames Überleben getrimmt. Das aber ist zu wenig, um die Probleme der Nation zu bewältigen.

So dümpelt das Koalitionsschiff steuerungslos vor sich hin und macht mehr und mehr einen untergangreifen Eindruck. Eine unreale Situation? Wohl kaum. Mit dem Blick fürs Reale machte die BILD-Zeitung ihren Sorgen Luft und kommentierte in dieser Woche der Turbulenzen: „Was ist nur in diese Regierungskoalition gefahren? Ihre Leistungen übertönt sie ständig mit Getöse Man kann Koalitionen mit den verschiedensten Methoden kaputt machen. Der Kanzler hat das Wort.“

Hat der Kanzler wirklich noch das Wort? Es sieht nicht danach aus. (-/24.5.1988/rs/ks)

* * *

Den Güter-Verkehr nicht durch die Wohngebiete lenken

Transporte auf der Straße dürfen nicht länger begünstigt werden

**Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Gütertransporte per Schiff zwischen den Küstenregionen in Europa dürfen in ihrer Attraktivität nicht willkürlich verschlechtert werden. Seetransporte sind kostengünstig und umweltschonend.

Trotzdem gehen viele dieser Transporte heute auf den LKW. Der europäische Straßengüterverkehr erhält immer günstigere Rahmenbedingungen:

- o So nutzt er zum Beispiel die bundesdeutschen Straßen praktisch zum Nulltarif. Er zahlt bei uns keine Kraftfahrzeugsteuer und keine Mineralölsteuer. Er tankt jenseits der deutschen Grenzen. Dieseltreibstoff ist dort um ein vielfaches billiger.
- o Er verlärmst und begast unsere Wohn- und Lebensbereiche. Die hierdurch entstehenden Kosten und die von ihm verursachten Verkehrsunfallkosten läßt er sich fast vollständig von der Allgemeinheit bezahlen.
- o Er beansprucht das europäische Straßennetz weitgehend. Gleichzeitig wachsen die Transportgeschwindigkeiten. Die LKW fahren immer schneller entsprechend dem verbesserten Straßenausbau.

Mit diesen künstlichen und massiven Wettbewerbsverzerrungen zugunsten des LKW können Seeschiffe immer weniger konkurrieren. Die Schiffstransporte über die europäischen Küstenmeere gehen deshalb zurück.

- Wir brauchen mehr Marktwirtschaft im Verkehr. Nötig sind faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger. Die nicht gerechtfertigten Begünstigungen des europäischen Straßengüterverkehrs müssen deshalb zügig abgebaut und durch ein zukunftsgerechtes System von Verkehrsverbänden auch im Güterverkehr abgelöst werden.

Die Sozialdemokraten haben hierfür ihre Vorschläge unterbreitet. Der Gütertausch in Europa darf nicht künstlich und unnötig durch unsere Wohn- und Lebensbereiche gelenkt werden.

(-/24.5.1988/rs/ks)

* * *

125 Jahre SPD (Teil II und Schluß)

Die Partei ist ihren Prinzipien immer treu geblieben

Von Susanne Millier

Vorsitzende der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD

Staat und Gesellschaft des Kaiserreichs versagten der Sozialdemokratie den ihr gebührenden Platz. Daß die ärmeren Schichten schwer benachteiligende preußische Dreiklassenwahlrecht blieb bestehen, Sozialdemokraten waren von allen Ämtern in der Regierung und in der öffentlichen Verwaltung, in den Schulen und Hochschulen und in der Justiz ausgeschlossen. Im Militär mußten Sozialdemokraten dienen, konnten aber nicht Offiziere werden. So gut wie sämtliche Reformvorschläge der SPD und der Gewerkschaften wurden vom Reichstag abgelehnt.

Auf den verhängnisvollen politischen und militärischen Kurs der Reichsregierung hatten die Sozialdemokraten im Kaiserreich faktisch keinerlei Einfluß. In dieser Situation traf sie der Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die SPD stand vor der bisher schwersten und umstrittensten Entscheidung ihrer Geschichte. Sollte sie im Reichstag die geforderten Kriegskredite bewilligen? Nach langen, schwierigen Beratungen in der Reichstagsfraktion war die große Mehrheit der SPD-Abgeordneten dafür, denn sie waren überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg, vor allem gegen das zaristische Rußland, führe, und daß man in dieser Lage das Vaterland nicht im Stich lassen dürfe. Die Sozialdemokraten glaubten auch, daß sie nun nicht mehr länger als „vaterlandslose Gesellen“ diskriminiert werden, und daß dann ihre Reformbestrebungen mehr Erfolg haben würden. Am 4. August 1914 stimmte die SPD-Fraktion geschlossen für die Kriegskredite; nur zwei Abgeordnete, der Vorsitzende der Schuhmachergewerkschaft Joseph Simon, und ein früherer Lehrer aus Sachsen, Fritz Kunert, verließen vor der Abstimmung den Saal.

Der Streit um die Bewilligung der Kriegskredite und um die Politik der Partei im Kriege generell verschärfte sich und führte zur Spaltung der Arbeiterbewegung. Die Forderung der Regierung nach Kriegskrediten wurde regelmäßig erneuert, als erster Abgeordneter lehnte Karl Liebknecht sie ab und stellte sich damit außerhalb der Fraktion. Er blieb in den nächsten Jahren nicht allein. Zu Ostern 1917 wurde die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die USPD, gegründet, der sich auch die Spartakusgruppe mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg anschloß. Um die Jahreswende 1918/19 entstand aus der Spartakusgruppe die Kommunistische Partei, mit der sich später die Mehrheit der USPD vereinigte, während die Minderheit zur SPD zurückkehrte.

Die Forderungen der Sozialdemokraten wurden auch während des Krieges von der Regierung und der militärischen Leitung nicht erfüllt. Es wurde immer offensichtlicher, daß der Krieg militärisch von Deutschland und seinen Verbündeten nicht zu gewinnen war, und die Sozialdemokraten verlangten von der Regierung, einen politisch ausgehandelten Friedensschluß anzustreben. Doch die Machthaber im Deutschen Reich setzten auf einen Siegfrieden - und verloren den Krieg.

Als schließlich die Oberste Heeresleitung die bevorstehende militärische Niederlage nicht mehr länger verheimlichen konnte und die Regierung ersuchte, Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten, wurden die Sozialdemokraten aufgefordert, ins Kabinett einzutreten. So beteiligten sich im Oktober 1918 zum ersten Mal Sozialdemokraten an der Regierung. Sie taten es, wie der spätere Reichspräsident Friedrich Ebert es ausdrückte, um in die Bresche zu springen, wenn das deutsche Volk in höchster Not war.

Um diese Zeit, nach über vier Jahren Krieg, war die Leidensfähigkeit des Volkes am Ende. Die Matrosen weigerten sich, dem Befehl zu einer Todesfahrt gegen die britische Flotte zu folgen, verbündeten sich in Kiel mit den Arbeitern, bildeten mit ihnen einen Arbeiter- und Soldatenrat und setzten so das Signal für die deutsche Revolution. Von Kiel bis München verbreitete sie sich wie ein Steppenbrand, überall rollten die Kronen aufs Pflaster, wie man damals sagte, am 9. November erklärte der deutsche Reichskanzler die Abdankung des Kaisers und übergab sein Amt dem Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert. Scheidemann rief die Republik aus. Ebert bildete sofort zusammen mit der USPD eine Revolutionsregierung, den Rat der Volksbeauftragten, der am 12. November mit Gesetzeskraft eine

Reihe von Reformen beschloß, um die die Arbeiterbewegung Jahrzehnte lang vergeblich gekämpft hatte. Die wichtigsten waren ein demokratisches Wahlrecht für Männer und Frauen zu allen Parlamenten und der Achtstundentag.

Aber die Revolution in diesem besiegten, ausgehungerten, ausgebluteten Land brachte nicht die erwarteten Ergebnisse. Es kam zu linksradikalen Aufständen gegen die Regierung, die sie mit Waffengewalt von Militärs und Freikorps niederschlagen ließ. Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von republikfeindlichen Offizieren grausam ermordet.

Wenige Tage später fanden die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung statt, aus denen auch die erste Reichsregierung der Weimarer Republik hervorging. Die Sozialdemokraten erhielten nicht die erhoffte Mehrheit, wurden aber die weitaus stärkste Partei und bildeten mit dem katholischen Zentrum und den Demokraten eine Koalitionsregierung unter einem sozialdemokratischen Reichskanzler.

Diese erste Regierung stand vor ungeheuer schwierigen Aufgaben. Sie mußte die entsetzlich soziale Not im Lande mildern, den Versailler Friedensvertrag unterzeichnen, die Putschversuche von links und von rechts abwehren und für eine neue, demokratische Ordnung sorgen. Die Widerstände waren enorm. In den Reichstagswahlen vom Juni 1920 verlor die bisherige Koalition ihre Mehrheit und die Regierung wurde ohne die SPD gebildet. Die Weimarer Republik mit ihrer demokratischen Verfassung war unter sozialdemokratischem Einfluß geschaffen worden, die SPD war die zuverlässigste und zuletzt die einzige verfassungstreue Partei der Weimarer Republik, aber die Macht im Staate besaß sie nur für kurze Zeit, und dann nur unter äußerst schwierigen Umständen. Nach den Juniwahlen 1920 stellten bürgerliche Parteien den Reichskanzler, und als im Juni 1928 der Sozialdemokrat Hermann Müller eine große Koalition gebildet hatte, waren die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern schließlich so tiefgehend und die Belastungen durch die einsetzende Weltwirtschaftskrise so schwer, daß das Kabinett im März 1930 zurücktrat. Es war das Ende der parlamentarischen Regierung in der Weimarer Republik.

Als die Nazis mit den Septemberwahlen 1930 ihren kometenhaften Aufstieg begannen, waren die Sozialdemokraten durch ihre Feinde von links und vor allem von rechts bereits so geschwächt, daß sie trotz aller Anstrengungen dieser todbringenden Gefahr nicht mehr Herr werden konnten. Wenn auch das ganze Ausmaß der Verbrechen des NS-Regimes von den Sozialdemokraten nicht vorausgesehen wurde - auch von anderen nicht -, so erkannten sie doch klar den Charakter der Nazi-Bewegung. Kurt Schumacher erklärte 1932 im Reichstag: „Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen.“

Die Sozialdemokraten bewiesen ihre Treue zur Republik und ihrer Verfassung, als sie im März 1933 als einzige Abgeordnete geschlossen gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmten und der SPD-Vorsitzende Otto Weis dies unter Lebensgefahr begründete: „Wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“

Mit einer Brutalität, die die des Sozialistengesetzes bei weitem übertraf, wurde die Arbeiterbewegung von den Nazis unterdrückt und verfolgt. Im Widerstand gegen das Verbrecherregime waren Sozialisten und Kommunisten die Ersten und brachten die schwersten Opfer. Die Zahl der Eingekerkerten, in Konzentrationslager Geworfenen, Gefolterten, Ermordeten, ins Exil Getriebenen ist nie festgestellt worden. Daß der Widerstand der Arbeiterbewegung das NS-Regime nicht erschüttern oder gar stürzen konnte, ist geradezu selbstverständlich. Denn anders als der sehr viel spätere Widerstand der Männer um den 20. Juli 1944, die hohe Militärs und Beamte waren, verfügte der Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung über keinerlei Machtmittel. Seine einzige Waffe war das Wort - das heimlich geschriebene, gesprochene, geflüsterte Wort.

Trotz der großen Bemühungen der Vertreter des Arbeiterwiderstandes im Exil, die Weltöffentlichkeit über den Charakter des Naziregimes aufzuklären, über seinen Terror, über seine Verbrechen gegen die Juden, die schon lange vor Auschwitz begannen, über seine Kriegsvorbereitungen, blieb das Ausland weitgehend uninteressiert an diesen Vorgängen, ja es verhalf Hitler bis kurz vor dem Krieg zu einem außenpolitischen Erfolg nach dem anderen. Dann kam es zu der Katastrophe, vor der die Sozialdemokraten gewarnt hatten, als sie 1932 im Wahlkampf plakatierten: Hitler bedeutet Krieg!

Nach über sechs Jahren dieser Katastrophe, war das Nazi-Regime gestürzt. Noch ehe der Waffenstillstand unterzeichnet war, begann Kurt Schumacher mit dem Wiederaufbau der Sozialdemokratie. Schumacher, der im Ersten Weltkrieg einen Arm verloren hatte, war Redakteur der SPD-Zeitung in Stuttgart, württembergischer Landtags- und Reichstagsabgeordneter und hat fast die ganze NS-Zeit in Gefängnissen und Konzentrationslagern durchlitten. Er war der herausragende Repräsentant des Teils des deutschen Volkes, der durch den Terror der Nazis nicht gebeugt und nicht gebrochen werden konnte. Seine moralische Kraft, sein scharfer Intellekt und seine ungeheure Energie verschafften ihm hohes Ansehen weit über seine Partei hinaus. In den Jahren nach dem Krieg war er der bekannteste deutsche Politiker.

Das „Büro Schumacher“ wurde schon vor der Zulassung politischer Parteien durch die Besatzungsmächte zum Zentrum der Sozialdemokraten in den Westzonen und es war geradezu selbstverständlich, daß der erste Nachkriegsparteitag der SPD im Mai 1946 Schumacher einstimmig zum Parteivorsitzenden wählte. Als leidenschaftlicher Verfechter der Ideen der Demokratie und der Menschenrechte, war Schumacher ein kompromißloser Gegner der Kommunisten, und er war auch der große Rivale und politische Gegner Konrad Adenauers. Man mag im Rückblick an Schumachers Politik - auch als SPD-Mitglied - Kritik üben, doch kaum jemand, der ihm begegnete, konnte sich der Wirkung seiner Persönlichkeit entziehen. Sein Einfluß auf die SPD jener Jahre war bestimmend, denn sein politisches Konzept wurde akzeptiert. Die Teilung Deutschlands in Frieden und Freiheit überwinden, ganz Deutschland zu einer sozialen Demokratie gestalten und es wieder zu einem achtenswerten und geachteten Glied der Völkergemeinschaft machen. Im Godesberger Programm von 1959 finden sich diese Gedanken wieder.

Schumachers Nachfolger im Parteivorsitz: Erich Ollenhauer, Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel - sind politisch zum Teil andere Wege gegangen als er, Wege, die einer veränderten Situation und hinzugekommenen Einsichten entsprachen. Von den Grundgedanken Schumachers über eine Politik des Friedens, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, wichen sie nie ab.

Schumachers Ziel, die SPD an die Macht zu bringen, damit sie als die führende Regierungspartei das Gesicht dieses Landes prägt, wurde erst 1969 erreicht. Aber auch in all den vorhergehenden Jahren, als konstruktive Opposition und ab 1960 als Partner in der Großen Koalition, war der Beitrag der SPD zum Aufbau und zur Gestaltung der Bundesrepublik, ihrer Länder und ihrer Kommunen, von hoher Bedeutung.

In den Regierungsjahren der SPD wurden Leistungen vollbracht, die trotz der Rücknahme sozialstaatlicher Fortschritte durch die Wenderegierung, auch von ihr nicht völlig demontiert werden können. Auf der Entspannungs- und Ostpolitik, die vom Außenminister Willy Brandt eingeleitet, von Bundeskanzler Brandt durchgeführt und von Bundeskanzler Helmut Schmidt fortgesetzt wurden, bauen bis heute die Schritte der Bundesregierung in Richtung auf Frieden und Verbesserung der internationalen Beziehungen auf.

Ich möchte mit einem Gedanken schließen, den Kurt Schumacher einige Male ausgesprochen hat: Blickt man auf die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, so kann man feststellen, daß die Partei Fehler gemacht hat, und daß nicht alle Kapitel ihrer Vergangenheit nur Ruhmesblätter enthalten. Aber man muß auch feststellen, daß die SPD die einzige Partei ist, die sich in diesem Land immer für die Prinzipien eingesetzt hat, die bis heute nichts an Gültigkeit verloren haben.

Und diese Tradition verpflichtet!

(-/24.5.1988/rs/ks)

* * *